Warum wir eine europäische Finanztransaktionssteuer brauchen

Mit einer Besteuerung börslicher und außerbörslicher Finanztransaktionen könnte die EU den am stärksten von Armut betroffenen Staaten helfen, sich von den Folgen der COVID-19-Krise zu erholen.

Infolge der Corona-Pandemie wird es voraussichtlich zur schwersten Wirtschaftskrise seit der Großen Depression 1929 kommen. Die Steuereinnahmen sind in vielen Ländern drastisch zurückgegangen. Die Pandemie könnte weitere 100 Millionen Menschen in extreme Armut stürzen und die Ernährungssicherheit von 270 Millionen Menschen weltweit bis Ende 2020 akut bedrohen.[1]

Bis dato haben Regierungen der EU-Mitgliedstaaten nationale Konjunkturprogramme in Höhe von insgesamt mehr als 3 Billionen Euro aufgelegt; diese Summe wird voraussichtlich noch steigen.[2] All dies geschieht vor dem Hintergrund einer historischen globalen Ungleichheit und sinkenden Gewerbesteuereinnahmen in allen EU-Staaten,[3] die Menschen bzw. Staatshaushalte belasten. Im Zuge der Erholung von der Krise werden viele Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit erheblichen Haushaltsdefiziten zu kämpfen haben. Dadurch wird es für die EU auch schwieriger werden, die ärmsten Länder der Welt bei ihren Bemühungen zur Erholung von den Folgen der Pandemie finanziell zu unterstützen.

Als Reaktion auf COVID-19 muss die europäische Politik entschlossene Maßnahmen ergreifen. So kann sie sicherstellen, dass der EU die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen, um die Länder im Rahmen der internationalen Entwicklung zu unterstützen, die diese Unterstützung am meisten benötigen. Denn nur so können diese Länder die medizinischen und wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 bewältigen und sich auf künftige Pandemien vorbereiten. Die internationale Gemeinschaft ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied, und die aktuelle Corona-Pandemie hat deutlich gemacht, dass niemand von uns sicher ist, solange nicht alle Menschen überall auf der Welt sicher sind.

Eine Finanztransaktionssteuer ist eines der Instrumente, die der EU zur Verfügung stehen, um erhebliche Steuereinnahmen zu erzielen.[4] Würde eine solche Steuer in allen 27 EU-Mitgliedstaaten eingeführt werden, könnten dadurch jedes Jahr bis zu 57 Milliarden Euro eingenommen werden. Staaten würden neue Mittel zur Verfügung stehen, ohne dass sie sich neu verschulden müssten.[5]

Die Finanztransaktionssteuer ist eine vernünftige Maßnahme, um die dringend benötigten Einnahmen zu realisieren:

- In der gesamten EU werden auf praktisch alle Produkte Steuern erhoben. **Somit gehören Finanzprodukte zu den wenigen, die nicht besteuert werden.** Das ergibt wenig Sinn – besonders, wenn man die möglichen negativen externen Folgen von Finanzinstrumenten berücksichtigt.
- Während des Lockdowns hat der Handel mit Finanzprodukten signifikant zugenommen. Insofern **ist es nur gerecht, dass sie auch für die Erholung von der Pandemie eine erhebliche Rolle spielen.**[6]
- 3.500 Organisationen, **die mehr als 125 Millionen europäische Bürger*innen vertreten**, unterstützen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer,[7] ebenso wie eine erhebliche Anzahl an Vertretern der Finanzbranche selbst.[8]

- Sechs EU-Mitgliedstaaten haben bereits eine nationale Finanztransaktionssteuer eingeführt,[9] **ohne dass ihnen dadurch nachweislich Wettbewerbsnachteile entstanden sind**; in drei weiteren Ländern wurden entsprechende Gesetzesentwürfe vorgelegt.[10]
- **Viele internationale Finanzzentren florieren, obwohl dort Steuern auf Finanztransaktionen erhoben werden**, darunter Großbritannien, Hongkong, die Schweiz, Singapur und Südafrika.[11]
- **Das Risiko einer solchen Steuer ist überschaubar**, da nur ein sehr geringer Steuersatz auf eine breite Palette von Produkten erhoben wird.

Zehn Länder beteiligen sich derzeit am Verfahren der verstärkten Zusammenarbeit für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf Aktien und Derivate mit einem Steuersatz von 0,1 % bzw. 0,01 %.[12, 13] Im Falle des Inkrafttretens einer solchen Steuer könnten laut Schätzungen der Europäischen Kommission bis zu 35 Milliarden Euro eingenommen werden.[14]

Der deutsch-französische Vorschlag muss ambitionierter werden

Es ist erfreulich, dass Deutschland die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft zur Priorität gemacht hat. Die aktuelle Pandemie und ihre dramatischen finanziellen Folgen sollten europäischen Staats- und Regierungschefs als politischer Anreiz dienen, einer solchen EU-Finanztransaktionssteuer zuzustimmen. Der von der deutschen und französischen Regierung gemeinsam vorgelegte Vorschlag greift jedoch bedauerlicherweise viel zu kurz, denn er sieht lediglich eine Steuer in Höhe von 0,2 % auf den Geschäftswert von Aktien vor; die entsprechenden Steuereinnahmen würden sich schätzungsweise auf 3,45 Milliarden Euro pro Jahr belaufen.[15] Dadurch, dass Derivate von der Besteuerung ausgenommen werden sollen, verzichtet die Politik auf einen Großteil der möglichen Einnahmen. Zugleich verpasst man so die Chance, dem Handel mit alternativen Finanzinstrumenten zwecks Steuervermeidung einen Riegel vorzuschieben.

Eine Besteuerung von Derivaten ist deshalb unerlässlich. Andernfalls würde ein Anreiz für Trader geschaffen werden, ihre Aktivitäten von anderen Wertpapieren auf Derivate zu verlagern, um so die Steuer zu umgehen, was Marktverzerrungen zur Folge haben würde.[16] Hilfreich in Bezug auf die Steuererhebung ist, dass der Europäische Gerichtshof im April 2020 geurteilt hat, dass die italienische Finanztransaktionssteuer, die auch Derivate besteuert, mit EU-Recht vereinbar ist.[17]

Globale Führungsrolle

Angesichts der schwerwiegenden gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen von COVID-19 muss die Europäische Union dringend handeln und sich auf eine robuste und substanzielle Finanztransaktionssteuer einigen, um die ärmsten und schwächsten Länder der Welt zu unterstützen, die Pandemie zu bekämpfen und sich von ihren Auswirkungen zu erholen. Dadurch könnte die EU unmittelbar eine globale Führungsrolle übernehmen, indem sie die internationale Entwicklung mit kreativen und kostengünstigen Lösungen voranbringt.

---

[1] Weltbank, 8. Juni 2020, „Updated estimates of the impact of COVID-19 on global poverty“, https://blogs.worldbank.org/opendata/updated-estimates-impact-covid-19-global-poverty; Vereinte Nationen, 29. Juni 2020, „Food is best vaccine against chaos, insists UN World Food Programme head“, https://news.un.org/en/story/2020/06/1067352.

[2] IMF, Juni 2020, Fiscal Monitor Database of Country Fiscal Measures in Response to the COVID-19 Pandemic, abgerufen am 1. Juli 2020, https://www.imf.org/en/Topics/imf-and-covid19/Fiscal-Policies-Database-in-Response-to-COVID-19.

[3] Der gesetzliche Körperschaftssteuersatz ist von 2000 bis 2018 in den 21 EU-Staaten, für die der OECD entsprechende Daten vorliegen, von 31,4 % auf 21,9 % gesunken. OECD, Corporate Tax Statistics Database, abgerufen am 1. Juli 2020, https://www.oecd.org/tax/beps/corporate-tax-statistics-database.htm.

[4] Eine Finanztransaktionssteuer ist eine in der Regel sehr geringe Besteuerung börslicher und außerbörslicher Finanztransaktionen. Eine Finanztransaktion meint den Austausch von Finanzinstrumenten zwischen Banken oder anderen Finanzinstituten. Zu solchen

Finanzinstrumenten zählen Aktien, Anleihen und Derivate. Nicht dazu gehören Transaktionen, die üblicherweise im Rahmen des Privatkundengeschäfts zwischen Banken und Privathaushalten oder Firmen getätigt werden, sofern sich diese nicht auf den Erwerb oder die Veräußerung von Aktien oder Anleihen beziehen. Siehe dazu: Gemeinsame Regeln für eine Finanztransaktionssteuer – Häufig gestellte Fragen

[5] Dies setzt voraus, dass die Finanztransaktionssteuer in allen 27 EU-Mitgliedstaaten eingeführt wird und Aktien, Anleihen und Derivate betrifft. Euroactiv, 25. Mai 2020, „French MEP floats 'win-win' green compromise on EU budget", https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/french-mep-floats-win-win-green-compromise-on-eu-budget/.

[6] So nahm das Handelsvolumen in Wertpapieren des Stoxx Europe 600 in den ersten sechs Monaten von 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 51 % zu; der Handel an der Euronext stieg im April 2020 um 26 % gegenüber April 2019. Interne Berechnungen von ONE auf Basis der Daten zum Stoxx Europe 600 von Yahoo Finance, https://finance.yahoo.com/quote/%5ESTOXX/history?period1=1262822400&period2=1594080000&interval=1d&filter=history&frequency=1d; Finance Magnates, 7. Mai 2020, „Euronext FX Reports 45% Drop in Monthly Volumes for April", https://www.financemagnates.com/institutional-forex/execution/euronext-fx-reports-45-drop-in-monthly-volumes-for-april/.

[7] Kampagne für die Robin-Hood-Steuer, 2018, offener Brief, verfügbar unter https://www.robinhoodtax.org.uk/sites/default/files/Final%20Draft%20-%20Letter%20to%20MoFs%20%28uploaded%20to%20RHT%20site%29%20%281%29.pdf.

[8] Offener Brief von Finanzmarktvertretern an hochrangige Politiker der zehn europäischen Länder, die an der Einführung einer Finanztransaktionssteuer arbeiten, verfügbar unter https://www.robinhoodtax.org.uk/sites/default/files/FINANCIERS%27%20FTT%20LETTER.pdf.

[9] Belgien, Finnland, Frankreich, Irland, Italien und Polen.

[10] Portugal, Spanien und Ungarn.

[11] Leonard E. Burman, William G. Gale, Sarah Gault, Bryan Kim, Jim Nunns und Steve Rosenthal, März 2016, „Financial Transaction Taxes in Theory and Practice", *National Tax Journal*, 69 (1), 171–216, https://www.robinhoodtax.org.uk/sites/default/files/Burman%20et%20al_%20NTJ%20Mar%202016%20%282%29.pdf.

[12] Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien und Spanien.

[13] Europäische Kommission, 14. Februar 2013, „Finanzstransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit: Kommission erläutert Einzelheiten", https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_13_115.

[14] Europäische Kommission, 14. Februar 2013, „Finanztransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit: Fragen und Antworten", https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/MEMO_13_98. Diese Schätzung bezieht sich auf elf Länder: Estland beteiligt sich derzeit nicht am Prozess der verstärkten Zusammenarbeit.

[15] Euroactiv, 15. März 2019, „EU's 'Tobin tax' now expected to collect only €3.5 billon", https://www.euractiv.com/section/economy-jobs/news/eus-tobin-tax-now-expected-to-collect-only-e3-5-billon/.

[16] Dies lässt sich statistisch untermauern: Nachdem Großbritannien eine Finanztransaktionssteuer, von der Derivate ausgenommen sind, eingeführt hatte, belief sich der Anteil an Differenzkontrakten (CFD) am gesamten britischen Wertpapierhandel auf 40 %. Leonard E. Burman, William G. Gale, Sarah Gault, Bryan Kim, Jim Nunns und Steve Rosenthal, März 2016, „Financial Transaction Taxes in Theory and Practice", *National Tax Journal*, 69 (1), 171–216, https://www.robinhoodtax.org.uk/sites/default/files/Burman%20et%20al_%20NTJ%20Mar%202016%20%282%29.pdf.

[17] Deloitte, 4. Mai 2020, „CJEU rules that Italian financial transactions tax is compatible with EU law", https://www.taxathand.com/article/13516/Italy/2020/CJEU-rules-that-Italian-financial-transactions-tax-is-compatible-with-EU-law.